

streik zeitung

JA zum GDL-Arbeitskampf NEIN zum Tarifeinheitsgesetz

Nr. 3 Dezember 2014

Das Angebot der Deutschen Bahn AG an die GDL vom 21.11. +++ das NEUE – GDL darf für Zugbegleiter abschließen! +++ die LACHNUMMER – DB AG sagt „Weiter so!“ bei Belastung des Zugpersonals +++ die versteckten FALLSTRICKE – DB AG will bestehenden Flächentarifvertrag teilweise aufheben und damit eine neue Phase des Lohndumpings ermöglichen. Ausführlich siehe Seite 2.

Der Arbeitskampf bei der Bahn erreichte am 21. November ein neues Stadium. Er dürfte sich neu zuspitzen, neue Streiks sind nicht mehr auszuschließen. Kommt es dazu, so sind dafür allein die Deutsche Bahn AG und die Bundesregierung verantwortlich. Diese fahren im aktuellen Konflikt einen provokativen Kurs: Sie sind weiterhin nicht bereit, auf die berechtigten qualitativen Forderungen der GDL nach Arbeitszeitverkürzung und Überstunden-Stopp einzugehen. Es droht sogar ein neues Lohndumping im Schienenverkehr. Und sie bereiten ein Gesetz vor, das das Streikrecht einschränkt und die Verfassung demoliert (siehe die Analyse des unsittlichen Angebots der Deutschen Bahn AG vom 21.11. an die GDL auf S. 2).

Kommt es zu neuen Streiks, dann wird erneut das düstere Bild mit Titel „Die gelähmte Republik“ gezeichnet werden. Doch dieses Bild ist dreifach verquast & verquer. *Erstens* weil die Schiene nun mal – leider! – nur Marktanteile zwischen 7 und 15 Prozent im Personen- und Güterverkehr hat. Selbst wenn die GDL den Schienenverkehr zu Hundertprozent „lahm“ legte – die Einschränkung von Mobilität und Transporten hielte sich in Grenzen. *Zweitens* weil die wirkliche Lähmung, in der sich diese Republik befindet, eine ganz andere ist: Sie ist definiert durch dieses absurde Sich-Gefangen-Fühlen im neoliberalen Denken: Da knallt der Reichtum durch die Decke. Da explodieren die Gewinne bei der Bahn. Da verdreifacht sich das Einkommen des Bahnchefs in eineinhalb Jahrzehnten. Da schreibt ein Schäuble die schwarze Null und lässt sich „weiterhin sprudelnde Steuerkommen“ attestieren. Doch die Antwort lautet immerfortimmerfortimmer: sparen! sparen! sparen! Und zwar: bei den kleinen Leuten.

Das Bild von der „gelähmten Republik“ ist schließlich *drittens* falsch, weil in diesem Zusammenhang der Arbeitskampf der GDL nicht lähmt, sondern als ENTLÄHMUNG, als Befreiungsschlag wirkt. „Endlich – ja, genau so!“ „Was die können, können wir auch!“ „Mensch, wir hätten schon lange mal so wie die zulangen müssen!!!“

Und da dies so wirkt, betreten all diese Demagogen, Hetzer, Würden- und Bedenkenträger die öffentlichen Bühnen. Das sei eine „Funktionselite“, die da streikt! Ein Amok-Weselsky, der seinen Machtbereich (über seine 61-qm-Wohnung hinaus) ausweite! Da walte eine egoistische „Spartengewerkschaft“, die das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kaputt mache. Da werde die „Einheitsgewerkschaft“, diese „Lehre aus

Gelähmte Republik? Oder: Befreiungsschläge durch Niedriglöhner & GDL!



„Zeit, das sich was dreht...“ – gegen die neoliberale Lähmung!

dem Faschismus“ in Frage gestellt!

Halten wir nüchtern fest: In Deutschland gibt es seit einem Vierteljahrhundert weitgehend Reallohnstagnation bei der durchschnittlichen Bevölkerung. Deutschland hat in ganz Europa den größten Niedriglohnssektor. In Deutschland gibt es auch in einer Aufschwungsperiode real mindestens 4 Millionen Arbeitswillige ohne Job. Deutschland hat in ganz Europa die mächtigsten und gewinnträchtigsten Konzerne und Banken. In Deutschland gelang es, ein fatales Kartell zu schmieden zwischen den Superreichen, den Top-Unternehmen, der jeweiligen Bundesregierung, den Medien und den Spitzen vieler Gewerkschaften.

In dieser Gesamtunwetterlage ist der Arbeitskampf der GDL herausragend. Er ist zugleich einzuordnen in ein *größeres Gesamtbild*. Gerade weil es diese „im neoliberalen Denken gelähmte Republik“ gibt, weil Großgewerkschaften wie die IG Metall ebenso paralytisch wie eingebunden erscheinen, war es doch auffallend, wie es in den vergangenen Jahren zu neuen Kämpfen an der Peripherie kam – bei den Prekären, den Niedriglöhnern, geführt von den Fast-Vergessenen: Erzieherinnen, Frauen im Einzelhandel, Krankenhauspersonal, Beschäftigte von Schlecker, Amazon und Kik. Sie alle kämpften in jünge-

rer Zeit gegen dieses Eingemauertsein in STANDORT-Denken und SparWAHN. Es geht offensichtlich nicht allein um „Spartengewerkschaften“. Verdi hat in einigen der hier angeführten Fälle eine ausgesprochen positive Rolle gespielt und des öfteren durch „organizing“ erreicht, dass sich in Bereichen, in denen Gegenwehr aussichtslos schien, Widerstand entwickelte.

Erinnert sei an die Zeit Ende der 1960er Jahre. Auch damals war das westliche Deutschland erstarrt in der sogenannten Konsumgesellschaft. Die Gewerkschaften waren eingebunden in das System. Die Rezession 1966/67 brach herein. Doch es blieb bei reiner Tarifrunden-Gymnastik. Die erste Große Koalition aus CDU/CSU und SPD konnte 1968 die Notstandsgesetze verabschieden, mit denen drastische Eingriffe in das Grundgesetz mit massiven Einschränkungen der Grundrechte, auch des Streikrechts, beschlossen wurden. Und dann gab es diese „wilden Streiks“ 1969 und 1973. Da betreten hunderttausende Menschen ohne gewerkschaftliche Rückendeckung die Bühne. Es meldeten sich Frauen zu Wort – bei Pierbug/Neuss und Hella/Lippstadt. Und dann boten auch noch plötzlich „Gastarbeiter“ den „Gastgebern“-Arbeitgebern die Stirn – mit dem Höhepunkt eines „Tür-

ken-Streiks“ bei Ford in Köln. Wie ähneln sich die damaligen Schlagzeilen den aktuellen! „Chaoten blockieren Deutschland!“ – „Gastarbeiter legen Ford lahm“.

So harsch und undemokratisch die traditionellen Gewerkschaften – die IG Metall vorneweg – damals gegen diese neuen Bewegungen zunächst vorgingen, so nachhaltig-positiv erwiesen sich am Ende diese Bewegungen. Die erstarrten Gewerkschaften wachten auf – auch um des Selbsterhalts willen. Junge Leute und neue Bewegungen wirkten auf sie ein. Eine neue kämpferische Gewerkschaftsbewegung entstand – nicht zuletzt mit den Zielsetzungen: Vermenschlichung der Arbeitswelt, Verkürzung der Arbeitszeiten, in Frage Stellung des patriarchalen Modells von Familie und Job.

Wir stehen am Vorabend einer neuen weltweiten Krise. In dieser könnte sich die Lähmung im Sinne des Gefangenseins im neoliberalen Denken nochmals verstärken. Doch es gibt die Chance, diesen fatalen Kreislauf zu durchbrechen. Der Kampf der GDL wirkt vor allem dann als Befreiungsschlag, wenn wir solidarisch sind mit den Bahnbeschäftigten und ihrem Kampf. Wenn Selbstvertrauen und Würde zurückgewonnen werden.

Herr Sigmar Gabriel! Sie sagten jüngst, was die GDL fordere, „das sind keine Arbeitnehmerforderungen“. Aha! 5 Prozent mehr Lohn, zwei Stunden weniger Arbeitszeit pro Woche und eine strikte Begrenzung der Überstunden – keine Arbeitnehmerforderungen!? Nun sagt Grube mit seinem 2,6 Millionen Euro Jahreseinkommen: „Das sind utopische Forderungen“. Die GDL würde addiert 15 Prozent fordern. Wissen Sie noch, was die GDL 2007 laut DB AG forderte? 31 Prozent! Und wissen Sie auch noch, was Sie damals dazu sagten? „Die Lokführer haben recht. Es ist nicht korrekt, wenn so ein Lokführer, der wirklich viel Verantwortung trägt, 1500 Euro netto bekommt.“ So der damalige Umweltminister Gabriel im O-Ton in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. August 2007. Wobei heute das Einstiegsgehalt der Lokführer bei 2300 brutto und damit vielleicht bei 1600 netto liegt. Kümmert Sie eigentlich Ihr Geschwätz von gestern noch?

Herr Daniel Steil! Sie haben als Chefredakteur von *Focus.online* in Ihrem Medium ein Foto veröffentlicht, das die Außenfassade der vermeintlichen Wohnung von GDL-Chef Claus Weselsky zeigen soll. Dazu ein Klingelschild mit „Fam. Weselsky“ und groß die Schlagzeile: „So versteckt lebt Deutschlands oberster Streikführer!“ Damit lagen Sie voll im Trend der allgemeinen Medienhetze gegen den GDL-Streik. Inzwischen, nach vier Wochen ohne Streik und ohne vergleichbare Hetze, mag das fast wieder wie Schnee von gestern wirken. Uns von der STREIKZEITUNG ist jedoch klar, dass Sie und ihre Schmuddel-Kollegen eine gefährliche Übung durchziehen, die Sie schnell wieder hochfahren könnten, wenn die GDL sich zu neuen Streiks veranlasst sieht: Da soll durch Personalisierung und Hetze ein Klima der Menschenjagd und der Streik-Kriminalisierung geschaffen werden. Klar ist uns auch, welches „Vorbild“ Sie dabei haben: Im Sommer 1981 ließ der damalige US-Präsident Ronald Reagan gegen den Streik der Fluglotsen-Spartengewerkschaft Patco (Professional Air Traffic Controllers Association) hetzen. Auch damals stand im Zentrum der Kampagne eine miese Hetze gegen den Streikführer Robert E. Poli. Als die Stimmung in den Medien hochkochte, wurde Poli verhaftet, in Handschellen und Fußketten vorgeführt und der Streik zerschlagen. Tausende Fluglotsen verloren ihren Job. Als Streikbrecher waren Militärs – Fluglotsen der US-Luftwaffe – eingesetzt worden. Das war damals der Auftakt für eine neoliberale Offensive, die dann die gesamte Weltökonomie erfasste und die bis heute die soziale Welt zerrütet.

Neues Stadium im Arbeitskampf – neue Fragen und neue Antworten



Mit Datum Freitag, dem 21. November, ist der Arbeitskampf bei der Bahn in ein neue Stadium eingetreten. Der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e.V. (AgvMoVe) – faktisch die Deutsche Bahn AG als der Marktführer in diesem Verband – unterbreitete der GDL ein konkretes und substantiell neues Angebot. Am 18. November erhielt die EVG ihrerseits ein Angebot. Auch wenn die Gespräche zu diesen Angeboten fortgesetzt werden – mit der GDL am 28.11. und mit der EVG am 12.12., so ist es sinnvoll, das neue Angebot, das die Bahn im entscheidenden Konflikt – also gegenüber der GDL – machte, genauer zu untersuchen.

abzuschließen. Ausdrücklich wird in dem Angebot konstatiert, diese Ausweitung sei „wesentlicher Teil des Verhandlungsangebots“. Und: „Damit gehen wir auf die Forderung der GDL zur Verhandlung über Tarifregelungen für Zugbegleiter ein.“

Frage 2
Ist das materielle Angebot substantiell und interessant?

Antwort Wenn ausschließlich das materielle Angebot betrachtet wird, so ist dieses nicht ausreichend. Angeboten wurden im wesentlichen eine „Erhöhung der Tabellenentgelte um insgesamt 5 Prozent bei einer Laufzeit von 30 Monaten bis zum 31. Dezember 2016 in drei Schritten“ und die „Auszahlung eines Einmalbetrages für Lokführer von 390 Euro und für

Deutsche Bahn wird die Fahrpreise im Nahverkehr im Dezember 2014 erneut um 1,9 Prozent anheben. Im vergangenen Dezember hob sie die Nahverkehrstarife sogar um 2,9 Prozent an (im Fernverkehr um 2,4%). Sie argumentiert dabei immer mit gestiegenen Preisen, an die die Bahnpreise „anzupassen sind“. Doch bei den Bahnbeschäftigten gilt selbst das mit dem „Anpassen“ plötzlich nicht in vollem Umfang. Wobei es ja um mehr geht als um „Anpassung“ an die Geldentwertung. Unter anderem gilt es, die massiven Produktivitätsgewinne, die durch die harte Arbeit der Bahnbeschäftigten erst ermöglicht wurden, auch denjenigen zukommen zu lassen, die man ansonsten doch so gern als „liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ bezeichnet.

Frage 3
Kam die DB AG der GDL nicht durch die „Vereinbarung von Maßnahmen zur Belastungsreduktion für Lokführer“ mit einer zugesagten „Einstellung von 200 Lokführern“ entgegen?

Antwort Das ist eher eine Lachnummer. Im Bereich DB AG fehlen seit vier Jahren mindestens 800 Lokführer. Wenn der von der GDL geforderte Stopp und der Abbau der Überstunden stattfinden soll, sind es deutlich mehr. Allein seit 2007 wurde die Zahl der Streckenlokkführer um 9 Prozent abgebaut. Die gefahrene Leistung (Tarifikilometerleistung) erhöhte sich nach Angaben der DB AG im gleichen Zeitraum um 12 Prozent. Diese Diskrepanz ist die wesentliche Grundlage für die massiv angestiegenen Überstunden. Wenn die DB AG jetzt „200 zusätzliche Lokführer“ im nächsten Jahr einstellen will, dann sagt sie im Grunde: Weiter so – mit dem Vollstress in den Führerständen und auf den Knochen der Beschäftigten.

Frage 4
Enthält das Angebot der DB AG auch qualitative Elemente?

Antwort Solche qualitativen Elemente gibt es nicht. Und das ist ein entscheidender Punkt, weswegen für die GDL das Angebot nicht akzeptabel sein dürfte. Bei den entscheidenden qualitativen Forderungen wie der Reduktion der Arbeitszeit von 39 auf 37 Stunden, der Begrenzung der Mehrleistung (Überstunden) und der Forderung nach einem weniger belastenden Arbeitsrhythmus gibt es keinerlei Angebote der DB AG. Es sind aber

gerade die qualitativen Forderungen, die die GDL zu Recht ins Zentrum rückte. Diese erklären auch die außerordentliche Unterstützung, die die GDL im Arbeitskampf von ihren Mitgliedern und darüber hinaus erfährt.

Frage 5
Enthält das Angebot auch Aussagen zu den anderen Beschäftigungsgruppen, für die die GDL mit verhandeln will?

Antwort Ja. Und zwar mit der folgenden höchst interessanten Formulierung: „Für Lokrangierführer, Bordgastronomen, Disponenten, Trainer und Instruktoren haben wir keine tariflichen Regelungen [...] in der Verhandlungsgrundlage vorgesehen.“

Wir haben uns dabei [...] an der Streikstatistik für die Zeit vom 5. bis 8. November 2014 orientiert. Die Beteiligung dieser Arbeitnehmergruppen war so gering, dass wir von einem entsprechend niedrigen Organisationsgrad ausgehen.“ Die DB AG behauptet im Folgenden, bei den Lokführern habe es eine Streikbeteiligung von 27%, bei den Zugbegleitern von 8% und bei den Disponenten und Lokrangierführern von „unter 1%“ gegeben.“ Im Folgenden heißt es: „Wir vertreten deshalb die Auffassung, dass die mit der Neugestaltung des Regelwerkes verbundenen [...] Veränderungen bei derart niedrigen Organisationsgraden nicht gerechtfertigt sind.“

Die Zahlen zur Streikbeteiligung sind krass manipuliert. Unter anderem annullierte die DB AG bei den letzten beiden Streiks ab Streikbeginn alle Schichtpläne und fährt von sich aus – also aus weiser Einsicht in die Wirksamkeit des Streiks – ein massiv beschränktes Angebot. Dadurch sind streikwillige Mitglieder plötzlich nicht in der Lage zu streiken, weil sie keine Arbeit haben. Sodann gesteht die DB AG selbst zu, dass während des Streiks im Fernverkehr rund 80 Prozent der fahrplanmäßigen Züge ausfielen; im Nahverkehr gut 30 Prozent. Schließlich wir bei dieser Rechnung unterschlagen, dass verbeamtete Lokführer nicht streiken dürfen. Rund 30 Prozent der Lokführer sind jedoch verbeamtet.

Vor allem lässt sich aus der Antwort schließen: Wer streikt, gewinnt. Mehr streiken bringt mehr Nachgeben der DB AG. Da könnte man ja auch sagen: Auf ein Neues, Freundinnen und Freunde der GDL!

Frage 6
Gibt es im Angebot eine Fußangel?

Antwort Ja. Dies betrifft insbesondere die Formulierung im Angebot, wonach „bestimmte Regelungen“ – hier sind die Regelungen des Flächentarifvertrages BuRaLFTV der GDL gemeint – „in die Haustarifvertragsstruktur der EVG zurückgeführt werden sollen.“

Damit würde sich faktisch eine Sinnentleerung des einzigen wirksamen Flächentarifvertrages ergeben und dies hätte enorme Auswirkungen auf den gesamten Markt aller Eisenbahnverkehrsunternehmen (der EVU). Nur durch diese einheitlichen Regelungen, welche alle normativ wirken und von allen Lokomotivführern (Fern-, Güter- und auch Regionalverkehr) auch eingeklagt werden kön-

nen, ergibt sich die regulierende Kraft des einheitlichen Tarifniveaus und damit die Beendigung des Lohndumpings. Hier versucht die DB durch die Hintertür, sozusagen als Wasserträger für die Wettbewerbsunternehmen der DB, die GDL kaltzustellen, um erneut Lohndumping in Kraft setzen zu können. Dabei muss man wissen, dass der sogenannte Branchentarifvertrag der EVG erstens nur im Regionalverkehr abgeschlossen wurde, und zweitens keine normative Wirkung auf die einzelnen Arbeitsverhältnisse entfalten kann. Es handelt sich also um einen doppelten Gefallen, sowohl an die Arbeitgeber der anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen, als auch an die EVG.

Frage 7
Geht also der Machtkampf GDL gegen EVG jetzt weiter?

Antwort Hier könnte man zurückfragen, was denn schlimm sein soll an einem Wettbewerb zwischen zwei Bahngewerkschaften um die Gunst der Bahnbeschäftigten? Nach dem Arbeitskampf wird bei diesem Thema der entscheidende Maßstab darin bestehen, wer qualitativ und quantitativ – also an Mitgliedern und an Ansehen – zugelegt haben wird. Wenn damit gefragt wird, ob die GDL einen aggressiven Kurs gegenüber der EVG fährt, dann lässt sich dies klar mit „Nein“ beantworten. Noch vor den Spitzengesprächen vom 18. und 21. November übermittelte die GDL der EVG ein Angebot mit dem folgenden Wortlaut: „Die GDL hat das Ziel, die Situation zwischen den Bahngewerkschaften zu befrieden.“ Die GDL werde sich „auf den Bereich der Eisenbahnverkehrsunternehmen“ beschränken und „nicht im Bereich der Infrastruktur“ – wo die EVG am stärksten vertreten ist – aktiv werden. Eine vergleichbare Grundhaltung ist bei der EVG kaum erkennbar. Sie veröffentlichte kurz nach dem letzten GDL-Streik eine Mitteilung mit dem folgenden Wortlaut: „Die EVG steht fest zusammen. Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den vergangenen Tagen den Unmut vieler Reisenden zu spüren bekommen haben, nicht allein gelassen. Während streikende GDL-Mitglieder an den Bahnhöfen kaum zu sehen waren, waren die in der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft organisierten Beschäftigten vor Ort präsent. [...] In vielen Bahnhöfen Deutschlands waren EVG-Mitglieder unterwegs, um denen, die arbeiten mussten, mit ein wenig 'Nervennahrung' [gemeint waren Tee & Kaffee; d. Red.] und persönlicher Solidarität zur Seite zu stehen.“

Böse Zungen würden das als Hilfe zum Streikbruch bezeichnen.

Der volle Wortlaut des Angebots der Deutschen Bahn AG bzw. des Arbeitgeberverbands AgvMoVe ist wiedergegeben auf unserer Website www.pro-gdl-streik14.de

* Die Formulierung in Gänze lautet: „Von den insgesamt 18767 Lokomotivführern (davon 5138 Beamte) werden durchschnittlich ca. 7400 Arbeitnehmer innerhalb einer Schicht eingesetzt. Davon waren in dem Streik vom 17. bis 20. Oktober 2014 durchschnittlich 2015 und in dem Streik vom 5. bis 8. November 2014 1892 Lokomotivführer im Ausstand, was einer Quote von 26 bzw. 27% entspricht. Bei den insgesamt 11535 Zugbegleitern und Bordgastronomen liegt die Quote bei ca. 8%. Wenn der Organisationsgrad der Zugbegleiter (nach Angaben der GDL) bei 30% liegen sollte, würde kaum mehr eine Streikteilnahme der Bordgastronomen zu verzeichnen sein. Die Beteiligung der Disponenten sowie der Lokrangierführer lag unter 1%.“



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil eure Aktion eine wichtige Wirkung hat. Wir haben gerade sieben Tage gestreikt und haben gewonnen. Solidarität war für unseren Streik entscheidend. Also: Lasst uns wissen, wenn wir euch irgendwie helfen können.

Adam Lambert Streikaktivist des St. Mungo Streiks in London



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil es überall wachsenden Arbeitsdruck gibt und Personal abgebaut wird. Deshalb ist der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn richtungsweisend. Die DGB-Gewerkschaften sollten sich ein Beispiel daran nehmen.

Angelika Teweleit Sprecherin Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

Frage 1
Gibt es bei dem Angebot der Deutschen Bahn AG an die GDL eine Art neue Qualität oder gar einen Durchbruch?

Antwort Eine neue Qualität besteht insofern, als die DB AG nunmehr der GDL erstmals und in schriftlicher Form zuspricht, außer für die Lokführer auch für die Zugbegleiter mit zu verhandeln und gegebenenfalls einen Tarifvertrag auch für diesen Bereich

Zugbegleiter 325 Euro im Januar 2015“. Umgerechnet auf die reale Laufzeit von Juli 2014 bis Ende 2016 ergibt dies ein Angebot von weniger als 2,1 Prozent pro Jahr. Angesichts der langen, vorausgegangenen Durststrecke, der Geldentwertung und der Verluste im Streik – aber auch angesichts des neu gewonnenen Selbstbewusstseins der GDL-Mitglieder in diesem Arbeitskampf – ist das kein ausreichendes Angebot. Übrigens: Die

Kämpfen lohnt sich!

Interview mit Katie Quarles, Vertrauensfrau der Minnesota Nurses Association (MNA) am United Hospital in St. Paul, Minnesota über die Kämpfe einer neuen Krankenschwester-Gewerkschaft in den USA.



Warum haben Krankenschwestern in den USA in den letzten Jahren eine neue Gewerkschaft gegründet?

Es kam zu einer Spaltung innerhalb der American Nurses Association (ANA), die traditionell eher ein Berufsverband als eine Gewerkschaft war, jedoch in einigen Bundesstaaten Tarifverträge verhandelte. In den meisten Ländern nicht, da organisierte die Gewerkschaft SEIU auch Kranken-

sagen, dass die NNU-Gewerkschaften die Krankenhausbelegschaften spalten?

In einigen Krankenhäusern kamen Krankenpflegekräfte, die bei der SEIU organisiert waren, auf die California Nurses Association (CNA) zu. Sie waren mit ihrer Gewerkschaft unzufrieden wegen der mangelnden Kampfbereitschaft der Führung und deren Zusammenarbeit mit den Krankenhaus-Leitungen. Sie wollten sich lie-

Die NNU führt vor allem einen politischen Kampf, um gesetzliche Personalbemessungen festzuschreiben, also klar festzulegen, wie viele Kranke eine Pflegekraft maximal betreuen muss. Bisher ist diese Kampagne nur in Kalifornien erfolgreich gewesen. Das hat vor allem damit zu tun, dass die CNA viele Protestaktionen durchgeführt hat und sich nicht von Politiker-Versprechen hat hinhalten lassen. In anderen Ländern wie Massachusetts war die Gewerkschaftsführung aber leider bereit, schlechte Kompromisse zu akzeptieren, weil sie oftmals eine zu große Nähe zur Demokratischen Partei hat. Das zeigt, dass auch in der NNU nicht alles gut läuft und wir Mitglieder uns einbringen müssen. Die NNU konnte in den letzten Jahren die Beschäftigten in vielen neuen Krankenhäusern organisieren – auch in Bundesstaaten mit Anti-Gewerkschafts-Gesetzen wie Texas und Florida. Das ist ein wichtiger Schritt, um im gesamten US-Gebiet unsere Interessen gemeinsam zu vertreten.

Mehr Personal ins Krankenhaus – auch in Deutschland!

Auch in Deutschland wird für eine Personalbemessung in den Krankenhäusern gekämpft. ver.di fordert eine gesetzliche Regelung und an der Berliner Charité kämpft die ver.di Betriebsgruppe für einen Tarifvertrag für mehr Personal. Infos gibt es hier: www.mehr-krankenhauspersonal.de

Kürzlich hat es beeindruckende Streiks von Pflegekräften im Zusammenhang mit der Ebola-Epidemie gegeben. Was sind Ihre Forderungen?

Nachdem zwei Krankenschwestern in Texas an Ebola erkrankt sind, wurde klar, dass die meisten Krankenhäuser nicht auf einen Ebola-Patienten vorbereitet sind. Deshalb haben wir eine Kampagne begonnen und Unterschriften gesammelt für strengere Vorschriften und bessere Schutzkleidung. Die Vorschriften, die es im Moment vom Center for Disease Control (CDC) gibt, sind nämlich nur *Vorschläge* – die Krankenhäuser müssen sich nicht an diese halten.

Deshalb haben wir am 12. November einen Aktionstag organisiert mit Streiks in Kalifornien und Washington, D.C. Am 14. November hat die Occupational Safety and Health Administration (OSHA) im Bundesstaat Kalifornien neue Richtlinien beschlossen, die nun für die Krankenhäuser verpflichtend sind. Diese haben unsere Forderungen nach bestimmter verpflichtender Schutzkleidung und anderer Schutzmaßnahmen aufgegriffen.

Dieser Erfolg wurde erreicht trotz Widerstand der Krankenhaus-Leitungen, die sich mehr für ihre Profite interessieren als für die Gesundheit ihrer Krankenschwestern.

Was möchten Sie den Kolleginnen und Kollegen der GDL in Deutschland sagen?

Die Erfolge, die die NNU hat gewinnen können, haben wir erreicht, weil wir gekämpft haben. Kämpfen lohnt sich! Ich wünsche der GDL viel Erfolg!

Das Interview für die Streikzeitung führte Sascha Stanicic.

Acht Gründe für Solidarität mit der GDL

Anton Kobel

Dieser Arbeitskampf verdient unsere uneingeschränkte Solidarität, weil jeder Arbeitskampf Spuren hinterlässt. Erfolge und Niederlagen prägen für lange Zeit das Verhalten aller Gewerkschaften. Ein Erfolg der GDL stärkt alle Gewerkschaften. Eine Niederlage stärkt die Gegner kämpferischer Gewerkschaften.

weil dieser GDL-Streik vor allem an der gewerkschaftlichen Basis auf großes Verständnis stößt. Besonders diejenigen, die außerhalb der Großbetriebe aktiv sind, sehen sich in ihren Erfahrungen bestärkt: „Was diese wenigen Streikenden in ihrem Zug können, können wir auch in unserer Filiale!“

weil wir wissen, wie schwierig dieser Arbeitskampf ist. Die Streikenden arbeiten auf der Lok, im Bordbistro oder als Zugbegleiter faktisch an isolierten Einzelarbeitsplätzen. Da sind Verlässlichkeit und Verlässlichkeit entscheidend. Drohungen des Arbeitgebers treffen da zunächst die Kolleginnen und Kollegen als Individuum.

weil das, was heute die GDL trifft, morgen anderen widerfahren kann. Eine große Koalition aus Vorstand und Aufsichtsrat dieser Staatsbahn, den Arbeitgeberverbänden, der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien CDU/CSU/SPD sowie großen Teilen der Medien – das sind fürwahr mächtige Gegner.

weil die GDL-Forderungen wichtig sind: höhere Einkommen angesichts von Reallohnverlusten, qualitative Forderungen als Beitrag zur Humanisierung des Arbeits- und Privatlebens sowie zur Schaffung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze.

weil durch diesen Kampf verschüttete Themen wieder in die Diskussion kommen und Themen bei Tarifverhandlungen werden.

weil wir die falschen Beschuldigungen, die einige unserer Gewerkschaftsvorstände gegen die GDL vorbringen, öffentlich richtig stellen müssen.

weil es in diesem Arbeitskampf gegen Kapital und Kabinett geht. Und dagegen hilft nur die Solidarität vieler. Am besten aller Gewerkschaften!

Kämpfe für Leben und Würde

Sascha Stanicic

Seit Jahren schon stehen die Interessen der Reichen und Superreichen, der Banken und Konzerne im Mittelpunkt der Politik. Nie waren Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt. Die einen wissen nicht wohin mit ihren Millionen und Milliarden, die anderen freuen sich auf den mickrigen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde. Die Reallöhne sind in Deutschland heute niedriger als im Jahr 2000. Gestiegen sind der krank machende Stress am Arbeitsplatz und der Anteil mies bezahlter Jobs. Gegen solche Verhältnisse können sich die Betroffenen nur kollektiv zur Wehr setzen. Nicht zuletzt mit dem Mittel des Streiks.

Das geschieht viel zu selten. Aber es geschieht: zur Zeit bei Amazon und Kik, wo Beschäftigte für einen Tarifvertrag kämpfen, der bessere Löhne und Arbeitsbedingungen vorsieht; an der Berliner Charité, wo die ver.di-Betriebsgruppe einen Kampf für mehr Personal aufgenommen hat; in den Sozial- und Erziehungsberufen, wo ver.di einen Arbeitskampf für eine Aufwertung dieser Berufsgruppen vorbereitet. All diese Kolleginnen und Kollegen kämpfen nicht nur für sich. Denn ein Erfolg einer Belegschaft erhöht den Druck auch in anderen Bereichen, die Situation für abhängig Beschäftigte zu verbessern. Den Druck auf die Arbeitgeber. Aber auch den Druck auf die Führungen der Gewerkschaften, zu handeln. Deshalb sind so viele Basisgewerkschafter solidarisch mit dem Arbeitskampf der GDL. Deshalb sollten wir alle auch solidarisch mit den Kämpfern bei Amazon, Kik, der Charité, den Sozial- und Erziehungsbeschäftigten sein. Denn Erfolge in diesen Kämpfen verbessern unser Leben und geben uns ein Stück Würde zurück.

Nein zum Nahles-Gesetzentwurf!

Michael Petersen

Die Kampfbereitschaft der Lokführerkollegen ist beeindruckend und verdient Anerkennung. Als Mitglied einer DGB-Gewerkschaft und ehrenamtlicher Funktionsträger bin ich zurückhaltend bei der Unterstützung einer Konkurrenzorganisation. Unzweifelhaft ist jedoch: Der Arbeitskampf der GDL wird jetzt als Rechtfertigung für einen Angriff auf das Streikrecht aller Kolleginnen und Kollegen, von allen Gewerkschaften – DGB oder Konkurrenz – missbraucht.

Dagegen sollten wir alle gemeinsam aufstehen. Unternehmer und Regierungen werden nach einer gesetzlichen Einschränkung des Streikrechts nicht mehr unterscheiden zwischen DGB und deren Konkurrenz. Der Gesetzesentwurf von Andrea Nahles zur Tarifeinheit ist ein Angriff auf das Streikrecht. Zwar taucht das Wort Streikrecht gar nicht auf. Würde jedoch das Gesetz heute bereits gelten, so würde der Streik der GDL für einen Tarifvertrag auch für das andere „rollende“ Personal sofort von den Gerichten als unzulässig bewertet werden. Solange die GDL nur die Minderheit in dieser Gruppe organisiert, würde ein abzuschließender Tarifvertrag hinterher keine Geltung haben (Mehrheitsprinzip), dann ist nach richterlicher Auffassung natürlich ein Streik „unverhältnismäßig“. Das sieht im ersten Moment so aus, als ob das nur Lokführer, Ärzte und Piloten, bzw. ihre Gewerkschaften treffen würde. Aber eine Einschränkung des Streikrechts trifft uns alle. Deshalb sollten wir uns in den DGB-Gewerkschaften, die jetzt noch den Nahles-Entwurf unterstützen oder nicht davon abrücken wollen, schnell zu Wort melden.

Anton Kobel, ehemaliger Gewerkschaftssekretär(ver.di/HBV), wuchs 1951 bis 1968 in einer Eisenbahner-Siedlung auf. Sein Vater war Eisenbahner in Wechselschicht. Sascha Stanicic ist aktiv bei „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ und Bundessprecher der Sozialistischen Alternative (SAV). Michael Petersen ist Betriebsratsvorsitzender in einem Betrieb der Automobilzulieferindustrie.



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung und Maßnahmen gegen die Arbeitshetze wichtige Forderungen sind und wir alle was davon haben, wenn die Bahn-Kollegen weniger gestresst sind.

Lutz Berger Betriebsrat, Unterstützer der „Alternative“, Daimler Berlin-Marienfelde



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil hier das grundsätzliche Streikrecht konsequent verteidigt wird und die Forderungen der Bahnbeschäftigten mehr als richtig sind. Dieser Kampf hat Vorbildwirkung, auch für meinen Bereich – die Seefahrt!

Jan Hoppe Mitglied der Bordvertretung Forschungsschiff Meteor, ver.di

schwestern. Weil sich Krankenhausbeschäftigte der California Nurses Association (CNA) aber weder von der ANA noch der SEIU ausreichend kämpferisch vertreten fühlten haben sie sich fortan unabhängig organisiert und begonnen einen neuen kämpferischen nationalen Verband zu gründen: die National Nurses United (NNU). In mehreren anderen Bundesstaaten haben sich seitdem die Nurses Associations vom ANA getrennt und sich den NNU angeschlossen.

Was würden Sie zu dem Vorwurf

ber in der kämpferischeren CNA organisieren. Da muss sich die SEIU-Führung wohl an die eigene Nase packen, wenn ihr Mitglieder davon laufen. Natürlich brauchen wir möglichst große Geschlossenheit im Kampf für Verbesserungen. Aber wenn die Einheit in einer angepassten Gewerkschaft dazu führt, dass gar nicht erst gekämpft wird, ist man vielleicht einfach dazu gezwungen, andere Wege zu gehen.

Was hat die NNU erreichen können?

Humanisierung der Arbeit bei der Bahn

GDL-Forderungen: Für Erhaltung der Gesundheit und für ein menschenwürdiges Leben während der Arbeit bei der Bahn – und danach!

Anton Kobel

Das Forderungspaket der GDL enthält die Forderungen nach Erhöhung der Entgelte für alle um 5 Prozent. Für die langjährig Beschäftigten, die 30 bzw. 35 Jahre im Beruf arbeiten, soll es zwei neue „Erfahrungsstufen“ geben, die monatlich je 60 Euro zusätzliches Einkommen bringen sollen. Und dann gibt es angesichts der großen Konzern-Gewinne die Forderung nach einer Mitarbeiterbeteiligung.

Zusätzlich soll durch eine Erweiterung des Geltungsbereiches der Tarifvertrag nicht mehr nur für die LokführerInnen, sondern für das *gesamte Zugpersonal* gelten. Das sollen die Zugbegleiter, Bordgastronomen, Instruktoren/Trainer und Disponenten sein.

Neben diesen beiden in der Öffentlichkeit heftig umstritten und auch demagogisch diskutierten Teilen des GDL-Forderungspakets enthält dasselbe auch Forderungen zur Länge und vor allem zur Lage der Arbeitszeiten:

- Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit von derzeit 39 Stunden auf 37 Stunden pro Woche
- Eine Stunde weniger maximale Fahrzeit auf Triebfahrzeugen
- Eine Begrenzung der bisher tariflich unbegrenzt möglichen Überstunden auf maximal 50 Stunden im Jahr
- Ein 50-prozentiger Zeitzuschlag bei Schichtverlängerungen
- Maximal fünf Schichten innerhalb von 120 Stunden (= 5 Tage) statt



„Wechselschicht“ – und der krankmachende Stress fährt immer mit Foto: GdL

eine lange, schon einige Jahrzehnte zurückliegende und inzwischen fast schon vergessene Debatte in allen DGB-Gewerkschaften, in der damaligen SPD und bei den später hinzu kommenden Grünen an. Damals, in den 1970er Jahren, ging es vor allem um die Belastungen durch Bandar-

kampf für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden. Hier war die Begründung „Verkürzung wegen der zunehmenden Belastungen“ deutlich erweitert worden. Ausdrücklich ging es hier auch um familiäre, emanzipatorische und gesellschaftliche Argumente wie familienfreundliche Arbeitszeiten, mehr Zeit für gesellschaftliches Leben und Engagement sowie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsplätze infolge der Arbeitszeitverkürzung.

An diese Forderungen und Arbeitskämpfe in der Tradition der DGB-Gewerkschaften schließt sich die diesjährige GDL-Forderung inhaltlich nahtlos an. Inzwischen wissen viele, wie belastend die Arbeit und vor allem auch die Arbeitszeiten des Zugpersonals sind. Letztere finden meist nicht im „normalen Schichtdienst“ statt. Diese „normale Schichtarbeit“ ist stressig genug. In dieser wechseln sich wöchentlich Früh-, Mittags- und ggf. Nachtschicht ab. Üblich sind bei der Bahn allerdings Arbeitszeiten in „Wechselschicht“. Dabei wechseln sich von Tag zu Tag und im Verlauf einer Woche unterschiedlich lange Früh-, Mittags- und Nacht-Schichten ab.

Beispiel: am Montag Frühschicht von 6- bis 13 Uhr und abends noch eine Nachtschicht von 21 bis 6 Uhr. Am Dienstagabend dann erneut Nachtschicht von 21 bis 6 Uhr. Am Mittwoch frei. Am Donnerstag und Freitag je eine Früh- oder Mittagschicht. Samstag frei. Am Sonntag frei oder Beginn einer neuen Wechselschichtwoche.

Diese Arbeitszeiten in Wechselschicht sind physisch und psychisch noch belastender als es die „normale Schichtarbeit“ bereits ist. Die Gestaltung der Schichtpläne – Wann gibt es zusammenhängende, freie Tage? Wann, d.h. an welchen Tagen zu welchen Uhrzeiten, beginnen Schichtpläne? – können die Belastungen mindern oder verschärfen.

Teilnahme am familiären und

gesellschaftlichen Leben

Arbeitszeiten in Schicht- und Wechselschicht haben unmittelbar Folgen für das familiäre Leben, für das Verhältnis der (Ehe-)Partner untereinander, für deren Verhältnis zu ihren Kindern und deren Erziehung. Die Pflege von Freundschaften, die Teilnahme an Vereins- und Parteileben, an Kultur und Elternabenden in Kitas und Schulen – all dies wird von diesen Arbeitszeiten geprägt. Im Klartext: Familienbande werden zerschnitten. Freundschaften gehen in die Brüche. Die Kinder werden entfremdet. Ein kulturvolles Leben ist kaum möglich. Nervöse, gestresste, immer wieder durch ihre Arbeit bei der Bahn erkrankte Elternteile sind Ergebnisse dieser Arbeitsbedingungen.

Auch deshalb sind kritische bis unsolidarische Kommentare aus DGB-Gewerkschaftsvorständen zu diesem GDL-Arbeitskampf unverständlich und falsch. Die qualitativen Forde-

Ein Beitrag gegen Arbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit

In den 1980er und 1990er Jahren wurden die Forderungen der DGB-Gewerkschaften nach Verkürzung von Arbeitszeiten, nach Begrenzung der Überstunden sowie nach einer menschenwürdigen Anordnung der Arbeitszeiten zu Recht mit der dadurch notwendigen Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen begründet. So wurde in der Öffentlichkeit argumentiert, aber auch gegenüber den Mitgliedern und den Belegschaften.

Nach Einschätzung der GDL würden durch eine zweistündige Arbeitszeitverkürzung rund 1000 zusätzliche Lokführer benötigt. Eine Humanisierung der Schichtpläne und Begrenzung der Überstunden erhöhten diese arbeitsplatzschaffende Wirkung. Zusammen mit der Besetzung von derzeit schon fehlenden rund 1000 Lokführerstellen hätte die Realisierung dieser Forderungen eine erfreuliche Wirkung für die Gesellschaft und den Arbeits- und Lehrstellenmarkt.

Fazit: Es gibt viele gute Gründe für die GDL, diese Forderungen zu erheben und zu vertreten. Und es gibt für Aktive und Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften viele gute Gründe, die GDL-Forderungen solidarisch zu unterstützen!

Anton Kobel war Gewerkschaftsekretär von HBV und verdi in Heidelberg und Mannheim. Er ist Mitherausgeber der STREIKZEITUNG.



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil wir uns nicht spalten lassen dürfen. Tarifautonomie ist ein durch das Grundgesetz verbrieftes Recht der Arbeiterklasse. Daher fordere ich Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der GDL!

Dr. Tanja Groß Mitglied der Bezirksvertretung Köln-Kalk, Fraktion Die Linke und zweite stellvertretende Bezirksbürgermeisterin



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil die Kolleginnen und Kollegen für ihre berechtigten Forderungen einen berechtigten Arbeitskampf führen. Ihr Erfolg ist unser Erfolg!

Erdogan Kaya Vorsitzender des Landesmigrationsausschusses ver.di Berlin-Brandenburg, Vertrauensmann bei der BVG

bisher sieben Schichten in 144 Stunden

- Freie Wochenenden müssen mindestens von Freitag 22 Uhr bis Montag 6 Uhr dauern.
- Dienstbeginn am ersten Arbeitstag nach dem Urlaub nicht vor 6 Uhr.

Humanisierung der Arbeit

Mit diesen qualitativen Forderungen will die GDL per Tarifvertrag einen Beitrag zur Minderung und Milderung der Belastungen derjenigen erreichen, die ihre Arbeitsplätze im Zugdienst haben. Sie knüpft damit an

beit und Zeitvorgaben in den industriellen Arbeitsprozessen. Die IG Metall führte deshalb im Herbst 1973 in Nordwürttemberg/Nordbaden mit dem Bezirksleiter Franz Steinkühler einen heftigen Arbeitskampf (Steinkühler war auf den legendären IG-Metaller Willi Bleicher gefolgt). Dieser Kampf brachte im Ergebnis Verbesserungen bei den Erhol- und Taktzeiten. Noch heute gibt es die „Steinkühler-Pause“. Zehn Jahre später, 1984, führten IG Metall und IG Medien (ehemals Druck und Papier) einen knapp siebenwöchigen Arbeits-

Von wegen „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bei Lokführern und Zugbegleitern!

Bahnchef Rüdiger Grube und EVG-Chef Alexander Kirchner wenden sich gegen die Forderung der GDL, für ihre Mitglieder unter den Zugbegleitern, für ihre Mitglieder unter dem Bordrestaurant-Personal oder für ihre Mitglieder unter den Rangierloführern einen eigenständigen Tarifvertrag abschließen zu wollen. Das Argument laut Grube: „Wir wollen auf keinen Fall eine Spaltung unserer Mitarbeiter. [...] Für die gleiche Berufsgruppe muss es identische Ergebnisse geben.“ (Berliner Zeitung vom 20. November 2014). Alexander Kirchner im gleichen Duktus: „Es muss für die gleichen Tätigkeiten bei der Bahn auch den gleichen Tarifvertrag geben“ (Handelsblatt vom 18. November 2014).

Nun gibt es heute bei der DB AG rund 18 500 Lokführer. 5400 von ihnen oder knapp 30 Prozent sind verbeamtete Lokführer. Ein verbeamteter Lokführer verdient im Vergleich zu den nicht verbeamteten Lokführern im Monat brutto bis zu 1000 Euro mehr. Unter den rund 11 000 Zugbegleitern sind rund 1000 verbeamtete Beschäftigte. Hier gibt es vergleichbare Einkommensunterschiede.

Der Spiegel brachte die Situation präzise auf den Punkt. Er schrieb: „Innerhalb des Bahnkonzerns verdienen nicht alle, die das Gleiche leisten gleich viel oder gleich wenig.“

So ist es. Dumm nur, dass man das nur im Spiegel vor sieben Jahren, in Heft 29/2007, lesen konnte. Und dass diese Wahrheit heute verschwiegen wird. Eben um diese unselige Kampagne gegen die GDL zu rechtfertigen.

nein zum tarifeinheitengesetz

Die S-Bahn-Krise in Berlin

Top-Management der Bahn produziert für zwei Jahre Schienen-Chaos

Bernhard Knierim

Vor fünf Jahren war die „S-Bahn-Krise“ in Berlin in aller Munde und in allen Medien; inzwischen ist es wieder stiller um sie geworden. Die Berliner S-Bahn ist jedoch ein interessantes Anschauungs-

Börsengang unter Bahnchef Mehdorn: Alle Sparten der DB AG sollten hohe Gewinne erbringen; auch die S-Bahn Berlin GmbH als Tochterunternehmen erhielt entsprechende Vorgaben. Das damalige Management der S-Bahn Berlin weigerte sich jedoch, allzu weitgehende Sparmaßnahmen

fortan Reservezüge, die im Falle von Krisen, bei Defekten oder bei besonderen Ereignissen eingesetzt werden konnten. Auch beim Personal kam es verstärkt zu Engpässen.

Schon im Winter 2008/09 gab es massive Zugausfälle. Am 1. Mai 2009 ereignete sich dann ein Radbruch,



EIN FLUGZEUG- UND
EIN AUTOMANAGER.
ZWEI BAHNFREMDE, DEREN
GEMEINSAMKEIT IHR AUFTRAG UND
IHR FESTER WILLE IST, DIE BAHN
ZU PRIVATISIEREN – HIN ZU
VERSCHLEISS UND PROFIT.

HARTMUT MEHDORN RÜDIGER GRUBE
MAN ON THE TRAIN

Filmpublikat-Fake aus: Lunapark21 Extra05 „S-Bahn-Krimi Berlin“ Herausgeber: Berliner S-Bahn-Tisch, Bahn für Alle, Ortsverband der Berliner EVG, PRO BAHN LV Berlin-Brandenburg, Lunapark21

objekt dafür, wie eine kurzfristige betriebswirtschaftliche Logik eine Bahn zugrunde richten kann.

Die S-Bahn ist eines der wichtigsten Verkehrsmittel für die Hauptstadt und das nahe Brandenburger Umland. Für viele Pendlerinnen und Pendler sind die beige-roten Züge die tägliche Verbindung in die Stadt und umgekehrt für viele Städterinnen und Städter die Verbindung „ins Grüne“. Über lange Zeit war die S-Bahn in Berlin für ihre hohe Zuverlässigkeit bekannt und bei den Fahrgästen beliebt. Sie prägt die Stadt schon seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert. Nach der Wiedervereinigung erlebte sie mit der Wiederherstellung vieler Linien eine Renaissance.

Die Situation der neu prosperierenden S-Bahn änderte sich jedoch im Zuge der Vorbereitung auf den Bahn-

umzusetzen, weil sie sonst Probleme im Betrieb befürchteten. Daraufhin wurden der alte Vorstand abgelöst und ab 2007 schrittweise neue Personen in das Management eingesetzt. Der neue Vorstand rief das Programm „Optimierung S-Bahn (OSB)“ ins Leben, um die Gewinnvorgaben erfüllen zu können. Konkret bedeutete das: Die Gesamtzahl der Mitarbeitenden wurde im Vergleich mit dem Jahr 2001 um ein Drittel gesenkt; drei von sieben Werkstätten, in denen die S-Bahn-Züge gewartet und instandgesetzt werden, wurden geschlossen. In der Hauptwerkstatt wurde die Anzahl der Beschäftigten von 800 auf 200 abgebaut, die der Meister von 26 auf 3. Auch die Zugflotte wurde deutlich reduziert; viele Züge wurden verschrottet. Dadurch fehlten – ähnlich wie im Fernverkehr der DB AG –

woraufhin das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) eine wesentlich häufigere Überprüfung der Züge anordnete. Ähnlich wie der DB-Fernverkehr im Fall der ICE-Züge hatte auch die S-Bahn die Wartungs- und Überprüfungsintervalle massiv „gespreizt“, also weniger oft gewartet. Aus diesem Grund war der Riss in dem schließlich gebrochenen Rad nicht rechtzeitig entdeckt worden. Jetzt forderte das EBA kürzere Wartungsintervalle. Doch konnten diese inzwischen aufgrund der geschlossenen Werkstätten nicht wie angeordnet durchgeführt werden. Als dies bei einer Kontrolle deutlich wurde, mussten alle nicht fristgerecht gewarteten Züge außer Betrieb genommen werden. In der Folge war im Juli 2009 nur rund ein Viertel der Züge einsatzbereit. Viele S-Bahn-Linien mussten komplett eingestellt werden.

Die Fahrgastinteressen werden vom Top-Management der Bahn verletzt

Bei jeder Arbeitskämpfung der GDL ist das Geschrei groß: Hier würden die Interessen der Fahrgäste verletzt. Schlimm genug, dass damit das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit und das Streikrecht in Frage gestellt wird. Vergessen wird dabei oft, dass es das Top-Management der Deutschen Bahn AG ist, das flächendeckend die Fahrgastinteressen in Frage stellt (Stichwort: Unpünktlichkeit der Züge) und vielfach sogar elementare Fahrgastinteressen komplett ignoriert. Die STREIKZEITUNG berichtete in der ersten Ausgabe wie dies im Fall des Abbaus von Strecken, der Schließung Tausender Bahnhöfe, der Herausnahme von 40 Prozent aller Weichen (was Verspätungen „produziert“) erfolgt (dort S. 6). In der 2. Ausgabe berichteten wir darüber, wie das Bahnmanagement in diesem Jahr 2014 die Autoreisezüge abschaffte. Und dass laut Vorgabe von Grube & Co. am 14. Dezember der Nachtzugverkehr soweit reduziert wird, dass das Schrumpfangangebot an Nachtzügen kaum überlebensfähig sein wird (dort S. 4). Hier nun ein Bericht über die vom Bahn-Management herbeigeführte Krise der S-Bahn Berlin.

Es kam zu einem Verkehrschaos in der Stadt. Der Betriebsrat und das alte Management hatten zuvor immer wieder darauf hingewiesen, dass die Sparmaßnahmen viel zu weit gingen und das neue Management letztlich die Notwendigkeiten für einen stabilen Betrieb nicht überblickte. Doch erst nach der offensichtlichen Katastrophe zog die DB AG die Konsequenzen und entließ das neue Management wieder.

Im September 2009 wurden auch noch Schäden an Bremszylindern der S-Bahn-Züge festgestellt. Seit mehreren Jahren waren Wartungsmaßnahmen unterlassen und sogar Wartungsprotokolle gefälscht worden. Erneut war daraufhin im September 2009 nur ein Viertel der Züge einsatzbereit. Wieder musste der Verkehr auf zahlreichen Linien komplett eingestellt werden. Erst ab Mitte Oktober konnte wieder das gesamte Netz befahren werden,

und einige der zur Verschrottung vorgesehenen Züge wurden reaktiviert.

Offiziell gilt die S-Bahn-Krise in Berlin mittlerweile als überwunden. Doch es gibt auch weiter erhebliche Probleme im Betrieb, insbesondere durch den massiven Personalmangel: Immer wieder fallen Züge wegen fehlender Triebfahrzeugführer aus. Im Hauptstellwerk sind deutlich zu wenige Fahrdienstleiter verfügbar. Dass der Berliner Senat nun über eine – ohnehin gescheiterte – Ausschreibung von S-Bahn-Linien den wirtschaftlichen Druck noch erhöht, macht die Lage dabei nicht gerade besser.

Die S-Bahn-Krise in Berlin zeigt eindrucksvoll, dass kurzfristige Kostenreduktion bei der Bahn in die Katastrophe führt. Vor allem zeigt sie, dass es doch das Top-Management der Deutschen Bahn AG ist, das ein derartiges Chaos im Schienenverkehr produziert. Und zwar nicht nur punktuell, wie das bei einem Streik auch mal erfolgen kann – und dann statt-



Ich unterstütze den Arbeitskampf der GDL, weil wir weltweit für das Streikrecht kämpfen müssen. Solidarische Grüße von der Regenschirm-Revolution in Hongkong an die streikenden Lokführer und Bahnbeschäftigten in Deutschland.

Jaco Lam Aktivist der Regenschirm-Revolution in Hongkong und Mitglied der Gruppe „Sozialistische Aktion“



Ich unterstütze den GDL-Arbeitskampf, weil die Einheit der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht gegen ihre Interessen per Gesetz verordnet werden darf. Diese kann nur aktiv durch gemeinsame Kämpfe für die eigenen Rechte und Interessen erreicht werden. Dabei können die kleinen, kämpferischen Gewerkschaften ein Motor sein.

Heike Pelchen Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus

aber noch über mehrere Jahre fuhr die Berliner S-Bahn mit einem Notfallplan, der ausgedünnte Takte und verkürzte Züge umfasste.

Seitdem versucht das neue Management der S-Bahn, den Betrieb wieder in den Griff zu bekommen; ein Teil der geschlossenen Werkstätten

finden muss. Sondern strukturell. Und dann auch noch für einen Zeitraum von vollen zwei Jahren.

Bernhard Knierim veröffentlichte im Mai 2014 zusammen mit Winfried Wolf das Buch: Bitte umsteigen! 20 Jahre Bahnreform 8250 S., Verlag Schmetterling Stuttgart, 22.80 Euro).

STREIKZEITUNG

JA zum GDL-Arbeitskampf – NEIN zum Tarifeinheitsgesetz

Die STREIKZEITUNG geht davon, dass gewerkschaftlich Aktive und Linke bei einer Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital grundsätzlich auf der Seite der Lohnarbeit stehen. Aktuell heißt das, dass der Kampf der GDL zu unterstützen ist. Bereits 2007/2008 zeigte sich, dass der damalige GDL-Arbeitskampf eine deutlich positive Wirkung für alle Gewerkschaften hatte.

Der aktuelle Arbeitskampf findet in einer besonderen politischen Situation statt. Mit dem Tarifeinheitsgesetz startet die CDU/CSU-SPD-Regierung einen massiven Angriff auf das Recht auf freie Bildung von Koalitionen und das Streikrecht. Offensichtlich ist in der aktuellen Auseinandersetzung die harte Haltung des Arbeitgebers, der bundeseigenen Deutschen Bahn, von den Plänen zur Durchsetzung des Gesetzes mitbestimmt.

Eine Niederlage der GDL im Arbeitskampf wäre eine Niederlage der Gewerkschaftsbewegung. Die Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes im Bundestag würde die Gewerkschaftsbewegung schwächen und das Streikrecht einschränken. Beide Auseinandersetzungen – der Arbeitskampf bei der Bahn und die Debatte um den Gesetzesentwurf – stehen faktisch in einem engen Zusammenhang. Ein Erfolg der GDL erschwert die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs deutlich.

Das Verhältnis der STREIKZEITUNG gegenüber der GDL ist solidarisch. Die STREIKZEITUNG ist politisch, redaktionell und finanziell von der GDL unabhängig. Die STREIKZEITUNG ist einsetzbar parallel zu Streikmaßnahmen, z.B. vor Bahnhöfen, und gegenüber Fahrgästen; sie orientiert nicht zuletzt auf fortschrittliche Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, vor allem auch aus dem Bereich des DGB.

Die STREIKZEITUNG hat die nachfolgend genannten zwölf Herausgeberinnen und Herausgeber:

Tom Adler Stuttgart IGM, Stadtrat, ehem. BR Daimler · **Rolf Becker** Hamburg ver.di, Schauspieler · **Klaus Gietinger** Wilhelmshorst Regisseur (u.a. „Tatort“), Autor · **Johannes Hauber** Mannheim IGM President Industrial Railway Committee · **Heike Hänssel** Berlin MdB, DIE LINKE · **Eberhard Happe** Celle Bundesbahndirektor a.D., GDL · **Anton Kobel** Mannheim ehem. Gewerkschaftssekretär HBV/verdi, Mannheim u. Heidelberg · **Prof. Ingrid Kurz-Scherf** Marburg/L. verdi · **Lucy Redler** Berlin Bundesprecherin der AG Antikapitalistische Linke i. d. Partei DIE LINKE u. aktiv im Bündnis „Berlinerinnen u. Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ · **Werner Rügemeier** Köln verdi, wissenschaftl. Beirat Attac · **Mag Wompel** Bochum verdi, Labournet Germany · **Winfried Wolf** Wilhelmshorst Lunapark21, verantw. Redakteur der STREIKZEITUNG (V.i.S.d.P.)

Die STREIKZEITUNG wird darüber hinaus unterstützt

von Prof. Elmar Altvater Berlin · **Alexandra Arnsburg** Mitglied im ver.di Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg · **Prof. Armin Bernhard** Uni Duisburg-Essen · **Christian Christen** Berlin, Wirtschaftswissenschaftler · **Özlem Demirel** Landesvorsitzende DIE LINKE NRW · **Serdar Derventli** Köln, Journalist, Mitglied ver.di NRW LBV · **Manfred Diätenberger** ehem. DGB-Chef Waldshut · **Alex Demirovic** Berlin, Sozialwissenschaftler, Universität Frankfurt/M., Rosa-Luxemburg-Stiftung · **Jochen Dürr** Schwäbisch Hall, verdi; Bundessprecher AG Betriebe & Gewerkschaften in DIE LINKE · **Zeynep Sefariye Eksi** Köln, Vorsitzende DIDF · **Bernd Gehrke** Berlin, Publizist & Teamer · **Thies Gleiss** Köln, BRV · **Stephan Gummert** Berlin, ver.di Betriebsgruppenvorstand Charité · **Gerwin Goldstein** Betriebsrat, VL, Daimler Bremen, IG Metall · **Prof. Michael Hartmann** Darmstadt · **Christa Hourani** Betriebsrätin, VK-Leiterin, Daimler-Zentrale Stuttgart, IG Metall · **Inge Höger** Herford, MdB DIE LINKE · **Renate Hürtgen** Berlin, Historikerin · **Ulla Jelpke** Berlin, MdB DIE LINKE · **Bernd Köhler** Mannheim, Musiker · **Heiner Köhnen** Köln, TIE (Transnationals Information Exchange) · **Thomas Kuczynski** Berlin, Lunapark21 · **Prof. Dr. Ingrid Lohmann** Hamburg · **Birgit Mahnkopf** Berlin · **David Matrai** Hannover, Gewerkschaftssekretär ver.di · **Prof. Mohssen Massarrat** Berlin · **Wolfgang Neef** Berlin · **Prof. Dr. jur. Norman Paech** Hamburg · **Tobias Pflüger** Tübingen, stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE · **Karl Heinz Roth** Bremen, Historiker · **Prof. Jürgen Rochlitz** Burgwald-Ernsthäuser · **Guido Schöniat** Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss der GEW Köln · **Charly Schweizer** Lindau, GEW · **Sascha Stanicic** Berlin, Bundessprecher der SAV, ver.di, aktiv bei „Berlinerinnen & Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ · **Torsten Sting** Mitglied im ver.di Bezirksfachbereichsvorstand Rostock, Verkehr · **Marc Treude** Mitglied ver.di Fachbereichsvorstand 8, Aachen/Düren/Erft · **Elmar Wigand** Köln, Aktion gegen Arbeitsunrecht

Die STREIKZEITUNG wird von den folgenden Initiativen

& Gruppen unterstützt Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken · Assoziation für Kritische Gesellschaftsforschung (AKG) · Aktion gegen Arbeitsunrecht · Bündnis „Hände weg vom Streikrecht – für völlige gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“ · Demokratik İſçi Derneği Federasyonu – Föderation Demokratischer Arbeitervereine · Zeitschrift express · FAU - Freie Arbeiterinnen- & Arbeiter-Union · Gewerkschafter gegen Stuttgart 21 · Labournet Germany (Bochum) · Netzwerk für eine kämpferische & demokratische ver.di · Sozialistische Alternative – SAV · Sozialistische Zeitung – SoZ

Alle Funktionsangaben dienen ausschließlich der Kenntlichmachung der Person

Die STREIKZEITUNG hat sechs Seiten. Der Preis pro Exemplar und einschließlich Porto & Verpackung ist gestaffelt wie folgt:

Mindestabnahme 10 Ex.	=	30 Cent pro Exemplar
von 10 bis 75 Ex	=	25 Cent pro Exemplar
von 76 -100 Ex	=	20 Cent pro Exemplar
von 101-250 Ex	=	15 Cent pro Exemplar
ab 251 Ex	=	15 Cent pro Exemplar

Träger der STREIKZEITUNG BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V.
Konto der STREIKZEITUNG BFS e.V. MBS – Mittelbrandenburgische Sparkasse · IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 · SWIFT-BIC: WELADED1PMB)

Die STREIKZEITUNG finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für ausgelieferte Zeitungen und durch Spenden. Bitte die Zeitungen selbst nur nach Auslieferung und unter Bezug auf die Rechnung (& Re-Nr.) bezahlen. Spenden gerne „spontan“, direkt & auf einer nach oben offenen Soli-Skala.

E-Mail-Adresse für Bestellungen usw. pro-gdl-streik14@mail.de

Website www.pro-gdl-streik14.de

Solidarität für die GDL

Aus einem offenen Brief der Initiative „Hände weg vom Streikrecht – für volle gewerkschaftliche Aktionsfreiheit“

„Die GDL streikt derzeit nicht nur für ihre eigene Existenz, sondern sie streikt auch dagegen, dass es ein Tarifeinheitsgesetz mit der gleichen Wirkung für alle Gewerkschaften geben soll. (...) Wir (...) können und dürfen nicht zulassen, dass das Streikrecht eingeschränkt wird! Wir erinnern daran, dass der DGB-Kongress im vergangenen Mai mehrheitlich der gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit eine Absage erteilte, ver.di sich eindeutig von diesem Vorhaben distanzierte und auch der IG Metall-Vorsitzende seine Bedenken geäußert hat. (...) Entsprechend dieser Willensäußerungen der Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften ist es jetzt an der Zeit, den Worten und Beschlüssen auch Taten folgen zu lassen.“

U.a. 23 erstunterzeichnende Betriebsräte und Gewerkschaftsverantwortliche)

Auszüge aus einer Erklärung von DIE LINKE Bad Cannstatt vom 7.11.

„Würde die EVG und die anderen DGB-Gewerkschaften auch nur ansatzweise ähnlich offensive Forderungen stellen und so mutig und entschlossen kämpfen, dann sähe die Welt für abhängig Beschäftigte in Deutschland heute besser aus. (...) Wir sind auch aktiv im Widerstand gegen den Wahnsinn Stuttgart 21. Wir haben nicht vergessen, dass die GDL die einzige Gewerkschaft war, die im Aufsichtsrat der Bahn im März 2013 gegen die Erhöhung der finanziellen Mittel für S 21 gestimmt hat. Für den Widerstand gegen Stuttgart 21 und für die GDL gilt: Oben bleiben!!!“

DIE LINKE Hamburg hat nach dem Landesverband Bremen auf ihrem Parteitag folgende Resolution beschlossen.

„Die Partei DIE LINKE. Hamburg erklärt sich solidarisch mit den für ihre Rechte kämpfenden Lokführern und anderen Eisenbahnern. Es ist das legitime Recht, für die eigenen Forderungen einen Streik zu organisieren. Das gilt erst recht, wenn ein Unternehmen einer Gewerkschaft grundsätzlich das Recht verwehren will, für bestimmte Beschäftigtengruppen aufzutreten und zu verhandeln. (...) Dieses Gesetzgebungsvorhaben beseitigt für sog. Minderheitsgewerkschaften erstmals das eigenständige Streik- und Verhandlungsrecht. Es

ist direkt gegen die GDL und ihre Existenz gerichtet, kann sich aber künftig auch gegen jede andere Gewerkschaft richten. Es schafft erstmals zwei Klassen von Gewerkschaften und schwächt damit insgesamt die gewerkschaftliche Gegenmacht. Das Vorhaben der Bundesregierung ist verfassungswidrig. (...)

Solidarität aus anderen Gewerkschaften: ver.di Landesbezirksfachbereichskonferenz Medien, Kunst und Industrie Baden-Württemberg vom 15.11.14

„ver.di distanziert sich von der Hetzkampagne, die 2014 von den Medien und Regierungsparteien losgetreten wurde, um den GDL Arbeitskampf zu diffamieren. ver.di erklärt sich solidarisch mit den Forderungen der GDL für 5% mehr Lohn und eine Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Std. pro Woche mit entsprechendem Lohnausgleich. ver.di nimmt nicht hin, dass die Anti-Streikkampagne gegen die GDL helfen soll, ein Tarifeinheitsgesetz durchzusetzen, das die verfassungsmäßig verbrieften Rechte von Lohnabhängigen beschneidet und faktisch die Koalitionsfreiheit abschafft.“

Ver.di-Unterschriftensammlung gegen Tarifeinheitsgesetz

In einer Stellungnahme zum Referentenentwurf der Arbeitsministerin Nahles hat der ver.di-Hauptvorstand dieses Gesetz ähnlich wie die GEW und die NGG – und im Gegensatz zum DGB – eindeutig abgelehnt. Am 21.11. hat ver.di eine Unterschriftenkampagne gestartet. Dort heißt es: „Der von der Bundesregierung vorgelegte Referentenentwurf wird diesen Grundsätzen nicht gerecht, da er bei einer Kollision mehrerer Tarifverträge vorsieht, nur den Tarifvertrag der Mehrheit gelten zu lassen. Die anderen sind tariflos und ihr Streikrecht steht unter dem Vorbehalt der Verhältnismäßigkeit. Dies ist unzweifelhaft auch eine indirekte Einschränkung des Streikrechts. Wer die Tarifautonomie stärken will, darf auch Streiks als grundgesetzlich garantiertes Freiheitsrecht aus Artikel 9 Absatz 3 GG nicht einschränken.“

Solidarität aus Italien

Aus einer Solidaritätsadresse der italienischen TransportarbeiterInnenengewerkschaft CUB Trasporti

„Die Arbeitgeber loben, wenn es ihnen in den Kram passt, an einem Tag im Jahr das

‘italienische Beispiel’, während sie es an den übrigen 364 Tagen verfluchen. Sie verweisen in ihren Ausreden auf ‘Europa’, um neue Feldzüge zu veranstalten, die Lohnraub und Hunger bringen. (...) Jüngst wurde in Eurer Debatte auf das ‘italienische Modell’ verwiesen. (Es) besteht in erster Linie aus einer massiven Einschränkung der Arbeiter und ihrer Kämpfe. Gleichzeitig wird damit den Unternehmern freie Hand gegeben, die Arbeitswelt nach ihrem Geschmack und ohne Opposition zu ‘reformieren’. (...) Die Bosse (...) fordern einerseits Liberalität für sich und ihre ‘Reformen’. Andererseits fürchten sie bei ihren Gegnern das gleiche Prinzip des Liberalismus (...) und verweigern hier uns diese Freiheit. (...) Es lebe der Streik der deutschen Bahnbeschäftigten! Wir senden Euch unsere solidarischen Grüße!“

Für CUB Trasporti Nazionale: Mauro Milani, Verantwortlicher für die internationalen Beziehungen. Genova, 13 November 2014

Solidarität aus Frankreich

Aus einer Solidaritätserklärung der französischen Föderation der Gewerkschaften sud-rail

„In einem Moment, wo die Unternehmer und die deutsche Regierung das Streikrecht in Frage stellen, ist dieser Kampf exemplarisch aus mehr als einem Grund:

1. Exemplarisch, weil eure Gewerkschaft das Vertrauen von vielen Eisenbahnbeschäftigten durch eure kämpferischen Haltung gewonnen hat
 2. Exemplarisch, weil in Deutschland wie in Italien und Belgien das Streikrecht bedroht ist, wobei die Bahnbeschäftigten ganz vorne stehen, um es zu verteidigen. [...]
 3. Exemplarisch zu einem Zeitpunkt, wo alle europäischen Regierungen nur daran denken, den Schienenverkehr und den öffentlichen Dienst zu zerlegen [...]
- Die Medien [...] haben, wie überall in Europa und wie bei uns im Juni 2014 beim Streik der französischen Bahnbeschäftigten, [...] versucht, euch als “verantwortungslos” und als “Geiselnahme” hinzustellen. Es ist ihnen nicht gelungen, euch zu demobilisieren. [...]

Euer Sieg wird auch der unsrige sein!

Für die Föderation der Gewerkschaften Sud-Rail: Nathalie Bonnet, Secrétaire fédérale, und Emmanuelle Bigot, Internationale Kommission Sud-Rail. St. Denis 18. November 2014

Wissenschaftlicher Beirat von Attac

Wir erklären uns mit der GDL und ihrem Kampf für das Streikrecht, für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung solidarisch

Stoppt die Stimmungsmache und Rufmordkampagne!

Nein zur autoritären „Tarifeinheit“!

Es wurde höchste Zeit zum Widerstand gegen die Lohn-Dumping-Spirale nach unten, die in Deutschland seit Jahren zwecks Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ von Politik und Konzernen durchgesetzt wurde. Die GDL ist zwar eine kleine Sparten-gewerkschaft, sie zeigt jedoch, dass es möglich ist, eine Gegenmacht gegen die angebliche „Alternativlosigkeit“ aufzubauen.

Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahrzehnten, unterstützt von der Politik, die Spaltungen der Belegschaften massiv vorangetrieben. [...] Deutschland hat mit offiziell 24 Prozent die höchste Niedriglohnrate in Europa. Nicht zuletzt war es Transnet, die ohne Widerstand die Zerstörung der Bahn als öffentliches Gut [...] aktiv gefördert hat.

Es ist zynisch und skandalös, wenn die Arbeitgeber jetzt nach „Tarifeinheit“ rufen [...] Der DB-Konzern besteht zur Zeit aus 900 selbständigen Unternehmen, aber es

ist nicht die GDL, die Subunternehmen gründet und Leiharbeitsfirmen beauftragt. Vielmehr bringt die GDL ein altherwürdiges Solidaritätsprinzip der Gewerkschaftsbewegung zur Geltung: Kampfstarke Belegschaften und Berufsgruppen, wie aktuell die Lokführer, treten in Auseinandersetzungen und Streiks nicht nur für sich selbst, sondern auch für „kampfschwache“ KollegInnen ein (z. B. Bord-KellnerInnen).

Die DGB-Gewerkschaften haben sich in den vergangenen 20 Jahren unter dem Druck des neoliberalen Wahns leider überwiegend ihren Kampfgeist abkaufen lassen, allerdings dafür durch den beträchtlichen Verlust an Mitgliedern und Kampfkraft auch einen hohen Preis bezahlt. Demgegenüber [...] macht sich die GDL [...] mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auch zum Vorkämpfer für die Stärkung der Kampfkraft aller Gewerkschaften. [...] Deshalb hat der GDL-Kampf eine branchenübergreifende und grundsätzliche Bedeutung.

Der Beirat [von Attac Deutschland] protestiert auch gegen die tendenziöse bis geschmacklose Berichterstattung zu diesem Arbeitskampf in den Mainstream-Medien, die vor Stimmungsmache, Rufmord und gezielten Einschüchterungsversuchen nicht

zurückschreckt, um die Wahrnehmung eines demokratischen Rechts zu diskreditieren. Das geplante Gesetz zur Entmachtung von „kleinen“ kampfstarken Gewerkschaften richtet sich gegen die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht insgesamt. Die versuchte Vollstreckung dieses Projekts durch die SPD und die Einbindung von Teilen der DGB-Gewerkschaften ist erschreckend, der Angriff auf gewerkschaftliche Grundrechte alarmierend. [...] Wir fordern alle Gewerkschaften auf, sich mit der GDL in ihren noch bevorstehenden Kämpfen zu solidarisieren.

23.11.2014
Unterzeichnet u.a. von: Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Ulrich Brand, Prof. Dr. Armin Bernhard, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Christian Christen, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Prof. Dr. Alex Demirovic, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Wolfgang Fritz-Haug, Prof. Dr. Heide Gerstenberger, Prof. Dr. Michael Hartmann, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Clemens Knobloch, Prof. Dr. Hans-Jürgen Kraysmanski, Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Prof. Dr. Stephan Lessenich, Prof. Dr. Ingrid Lohmann, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, PD Dr. Lutz Mez, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. Klaus Meschkat, Dr. Wolfgang Neef, Dr. Walter Oswald, Prof. Dr. Norman Paech, Tobias Pflüger, Dr. Werner Rügemeier, Dr. Thomas Sablowski, Prof. Dr. Herbert Schui, Prof. Dr. Jürgen Schutte, Eric Sons, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Isidor Wallimann, Dr. Thomas Weiß, Prof. Dr. Christa Wichterich, Dr. Winfried Wolf